

20. MÄRZ 1961



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886 890

P/XVI/65 - 18. März 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Brandts Reise - Erfolg für Deutschland</u> Von Jessa von Puttkamer, Chefredakteur des "Vorwärts" z.Zt. in den Vereinigten Staaten	77
3 - 4	<u>Auf Deckungssuche</u> Zum Abschluss der Verhandlung 1961 Von H.G. Rätzl, MdB	63
5	<u>Der Prozess der 5. Republik</u> Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	38
6 - 7	<u>Luftverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit (IV u. Schluss)</u> Von Prof. Dr. Karl Bechert, MdB	81

\* \* \*  
\* \* \*

### Brandts Reise - Erfolg für Deutschland

Von Jesco von Puttkamer, Chefredakteur des "Vorwärts"  
z. Zt. in den Vereinigten Staaten

Willy Brandts Neun-Tage-Reise durch die Vereinigten Staaten geht am Sonntag zu Ende. Der Besuch war nicht nur ein persönlicher Erfolg des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, er war vor allem in diesen Wochen, da sich gewisse Gewitterwolken über den deutsch-amerikanischen Beziehungen zusammenbrauten, ein wichtiger und vor allem von Erfolg gekrönter Dienst, den Willy Brandt den Beziehungen zwischen beiden Völkern und damit der Bundesrepublik geleistet hat. Während am Anfang der Reise als wichtigstes Ereignis die Begegnung Brandts mit Präsident Kennedy und seinen führenden Mitarbeitern stand, muss zum Schluss der Reise der Kontakt mit den grossen jüdischen Organisationen hervorgehoben werden. Die Abkühlung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses ist keineswegs nur auf unattraktive Finanzprobleme zurückzuführen, hier haben im Gegenteil oft nur Missverständnisse obgewaltet. Eine Belastung war vielmehr auch manche Erscheinung in der Bundesrepublik in jüngster Zeit, die mit den Hakenkreuzschmierereien begann. Der bevorstehende Eichmann-Prozess, der eine ganze Flut von Zeitungsberichten über die deutsche Vergangenheit ausgelöst hat, tut ein übriges, daher die Bedeutung, die Brandts Aufenthalt gerade in New York zukommt. Bereits am Freitag hatte Brandt einen Besuch beim Vorsitzenden des Jewish Labor Committee Adolph Held benutzt, um eine Erklärung abzugeben, die später vom Committee der amerikanischen Presse übergeben wurde. Diese Erklärung schliesst mit den Worten: "Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass mein Volk niemals eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zulassen wird".

Unter dieser Überzeugung steht auch die Rede, die Brandt am Sonntag vor dem Theodor Herzl- Institut halten wird. In dieser Ansprache fasst er folgende Punkte zusammen:

Die heranwachsende und zur Teil schon herangewachsene Generation bietet einen guten Boden für menschliches Wirken und für die Völkerverständigung.

Führende Kräfte in der Bundesrepublik sind über alle Parteien hinweg zu wirklicher Bewältigung der Vergangenheit bereit.

Der Antisemitismus und der Chauvinismus sind in Deutschland kaum noch als bewegende Kräfte zu werten.

Wir brauchen heute nicht mehr bei einem Nullpunkt anzufangen, sondern wir sind einige Schritte in der Überwindung alter Vorurteile vordräng gekommen.

Brandt schliesst seine Ansprache vor dem Herzl-Institut mit folgender Worten:

"Ich habe Sie darum gebeten, mein Land nach der Realität von heute zu beurteilen. Ich muss noch einen Schritt weiter gehen. Jeder von uns weiss, wie ungerechtes Misstrauen verletzt und zerstören kann. Die deutsche Demokratie braucht Vertrauen, sie verdient diese Hilfe. Die wirklich schuldlose junge Generation sollte nicht mit den Sünden und Versäumnissen ihrer Väter belastet werden. Für diese Jugend darf ich Sie beschwören, mitzuhelfen, neuen Anfang zu finden, damit für alle, die guten Willens sind, der Weg in die Familie freier Völker offen steht".

Diese Ansprache Willy Brandts rundet das Bild, das die Amerikaner in diesen Tagen durch ausführliche Fernseh- und Presseberichterstattung von ihm gewonnen haben. Brandt hat sich während seiner ganzen Reise strikt an die Erklärung gehalten, die er bei Betreten des amerikanischen Bodens abgab. Er sagte damals, er werde in den Staaten keinen deutschen Wahlkampf führen. Er hat in jeder Pressekonferenz oder auch vor anderen Auditorien alle Fragen zurückgewiesen, deren Beantwortung zwangsläufig auf eine Polemik mit der Bundesregierung hinausgelaufen wäre. Brandt hat darüber hinaus in allen seinen entscheidenden Äusserungen zur Festigkeit der jungen deutschen Demokratie stets den Bundeskanzler und seine Partei mit einbezogen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin ist hier in den Vereinigten Staaten als ein berufener Sprecher Deutschlands aufgetreten. Trotzdem konnte niemand erwarten, dass sich Berlins Bürgermeister nur auf Gespräche über die Berlinfrage beschränken würde. Die Amerikaner, angefangen von ihrem Präsidenten, wollten von Kanzlerkandidaten der SPD selbstverständlich über die Auffassungen der deutschen Opposition informiert werden, und die Ansichten des Mannes kennenlernen, der möglicherweise der nächste Regierungschef sein kann. Kein Zweifel, dass sich Präsident Kennedy und seine Mannschaft davon überzeugt haben, dass auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ein zuverlässiger Partner sein wird.

Damit wir hier nicht in den Geruch kommen, etwas im eigenen Interesse überbewerten zu wollen, zitieren wir den deutschen Generalkonsul in New York, dem niemand die Objektivität in dieser Sache ansprechen kann. Der Generalkonsul, der unter dem täglichen Eindruck der Stimmung in New York steht, sagte, wobei er unterstrich, dass er die Frage niemals parteipolitisch betrachte, bisher waren viele Amerikaner der Meinung, dass die Stabilität der deutschen Demokratie von Bundeskanzler Adenauer abhängt. Glücklicherweise haben sie jetzt durch die Reise von Bürgermeister Brandt gesehen, dass es auch noch andere junge Politikerpersönlichkeiten gibt, auf die das gleiche zutrifft. Dieser Äusserung ist nichts hinzuzufügen. Sie trifft das Fazit der Brandt-Reise genau.

### Auf Deckungssuche

Zum Abschluß der Etatberatung 1961

Von H.G. Ritzel, MdB.

Man kann es als einen Akt finanzpolitischer Geschicklichkeit betrachten, daß es dem Bundesfinanzminister gelungen ist, eine Steigerung des Haushaltsentwurfs mit einer Endsumme von 44,8 Milliarden auf jetzt 46,2 Milliarden DM nach dem Gebot des Grundgesetzes auszugleichen. Wenn man die zunächst als durchlaufende Summe einer von der deutschen Industrie zu zeichnenden Anleihe für Entwicklungshilfe fremder Länder mit 1,5 Milliarden DM abzieht, eine Anleihe, von der bis jetzt erst 1,2 Milliarden DM gezeichnet sind, ergibt sich eine reine Haushaltsendsumme in Einnahme und Ausgabe von rd. 47 Milliarden DM.

Der Finanzminister war in der Lage, 500 Millionen DM als Ausgleich einzusetzen auf Grund von Vorleistungen, die die Bundeskasse bereits im Jahre 1960 besonders auf dem Gebiet der Verteidigung vollzogen hat. Es findet also hier eine nachträgliche Verrechnung statt, die wohl unterblieben wäre, wenn der Bundeshaushalt 1961 ein anderes Endergebnis aufweisen würde. Der Ausgleich gelang im übrigen durch eine Höhererschätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen mit rd. 2 Milliarden DM.

Gefragt, wie er sich den Ausgleich des Haushalts 1962 vorstelle, wies Bundesfinanzminister Ritzel auf die Möglichkeit einer anderen Verteilung des Aufkommens aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer hin, das heute mit 65 Prozent zugunsten der Länder und mit 35 Prozent zugunsten des Bundes verteilt wird. Es gab eine Zeit, in der der Bundesfinanzminister und seine Berater mindestens am Rande die Inanspruchnahme der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Erwägung gezogen hatten, die nach Art. 106 des Grundgesetzes allein dem Bund zusteht. Diese Überlegungen wurden abgelöst durch den politisch billigeren Ausweg einer anderweitigen Aufteilung des Ertrags aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Wenn nicht alles

18. März 1961

täuscht, würde eine vierte Bundesregierung Adenauer in einer solchen Entwicklung den Ausweg aus der Finanzklamme sehen.

Man darf eine korrekte Betrachtung der Situation nicht außer acht lassen, daß in der Tat die Lage der Bundesfinanzen ungünstiger ist als die der Länder. Die Steigerung des Steuerertrages ist den Ländern in höherem Umfang zugute gekommen als dem Bund, und die bis jetzt sichtbare Belastung des Bundes ist ebenfalls stärker als die der Länder. Trotzdem kann eine Neuaufteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuererträge nicht nur nach diesen Gesichtspunkten erfolgen, sondern sie muß zwei andere entscheidende Punkte berücksichtigen: Einmal haben die Länder angesichts der Weigerung des Bundes in kulturpolitischen Fragen weit mehr Mittel zur Verfügung zu stellen als dies bislang geschehen ist, um Aufgaben zu erfüllen, die erhebliche Mehrleistungen erfordern, zum anderen lehnt die Bundesregierung auch Maßnahmen zugunsten der Gemeinden in entscheidendem Umfang mit dem Hinweis darauf ab, daß es die Pflicht der Länder sei, die Gemeinden entsprechend zu bedenken.

Man kann also - nicht zuletzt auch im Hinblick auf die politischen Auswirkungen des Karlsruher Urteils im Fernsehstreit - das Problem einer Verringerung des Länderanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur im Zusammenhang mit Ausgleichsmaßnahmen auf verschiedenen anderen Gebieten sehen. Die Bundesregierung weiß, daß beispielsweise von den rund vier Milliarden DM, die 1961 für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden, mindestens 2,8 Milliarden DM einmalig sind, wenn und insoweit sie für künftige Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe nach Deckungsmöglichkeiten sucht, ist es nicht damit getan, die Verantwortlichkeit vom Bund auf die Länder zu verschieben und damit den schwarzen Peter in Deckungsfragen den Ländern und Letzten Endes den Gemeinden zu überlassen.

Eine Steuerneuregelung kann nicht ohne Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfolgen. Dieses Deckungsproblem wird in den nächsten Monaten die Gespräche der Finanzpolitiker beherrschen und es wird auch den Steuerzahler angehen, der schließlich sein Votum bei der Bundestagswahl 1961 abgeben wird.

## Der Prozeß der 5. Republik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Im Erubel der gegenwärtigen Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und Algerien ist das Resultat des größten politischen Prozesses der 5. Republik fast unbeachtet geblieben. Dennoch, man sollte die Barrikadenhelden des Januar 1960 nicht zu schnell vergessen, denn sie sind noch alle da und sitzen auf der Lauer. Falls die gegenwärtigen Friedensverhandlungen scheitern sollten oder falls nach Friedensschluß Schwierigkeiten entstehen sollten, wird die rechtsradikale Opposition wieder in Aktion treten. Darum ist ein kurzer Hinweis auf den sensationellen Pariser Prozeßausgang nicht überflüssig.

Der längste Prozeß der modernen Justizgeschichte...

100 000 FF Prozeßkosten, vier Monate Gerichtsverhandlung, 150 Zeugen, 8000 Schreibmaschinenseiten Protokoll, Freispruch aller anwesenden Angeklagten, Verurteilung nur der Abwesenden: das ist die Bilanz des Monsterprozesses gegen die Barrikadenkrieger des Januar 1960, eines der längsten Prozesse der modernen Justizgeschichte.

Die französische Meinung betrachtet dies als Befriedigungsmaßnahme zur Beginn der Friedensverhandlungen mit der FLN und am Vorabend der Freilassung algerischer politischer Häftlinge. Mit anderen Worten, man soll sagen können, nicht nur Ben Bella und Genossen werden enthaftet, auch die rechtsradikalen Rebellen sind auf freiem Fuß!

Ob die Ultras es böckse verstehen, sei dahingestellt. Der Freispruch aller im Justizpalast anwesenden Angeklagten (13) wurde von den Anhängern und Angehörigen nicht nur mit verständlichen Freudenausbrüchen quittiert, sondern auch mit demonstrativen Rufen "Die Armee an die Macht", während in Oran zu gleicher Zeit Menschenjagd auf Araber veranstaltet wird und immer wieder rechtsradikale Bomben explodieren.

Der Ausgang des Barrikadenprozesses hat aber schließlich nicht nur eine Bedeutung im französisch-algerischen Verhältnis, sondern auch im politischen Geschehen Frankreichs. Wie läßt es mit einer Republik bestellt, gegen welche die eigenen Staatsbürger und noch dazu Abgeordnete, Offiziere und Intellektuelle straflos die Waffen erhoben können? Wird dies nicht bei nächster Gelegenheit als Krawallerung aufgefaßt werden? Diese Fragen dürfte man sich nicht nur in der Staatsverwaltung und im Justizministerium, sondern überhaupt in den politisch maßgebenden Kreisen der 5. Republik stellen. - Der Barrikadenprozeß enthielt vom ersten bis zum letzten Tag, mit den politischen Proklamationen der Angeklagten und der Verteidiger, den Zeugnisaussagen hervorragender Persönlichkeiten und zuletzt im Urteilspruch die tiefen Gegensätze und Widersprüche der 5. Republik. +++ -6-

Von Prof. Dr. Karl Beckert, MdB

#### Kohlenoxydvergiftung durch Auspuffgase

Durch die Tageszeitungen ging vor einiger Zeit die Nachricht, dass auf einem verkehrsreichen Platz in Wien ein Verkehrsschutzmann ohnmächtig wurde. Es war Kohlenoxydvergiftung durch die Auspuffgase der Kraftfahrzeuge, die an diesem Sommertag in unzähliger Menge über den Platz fuhren. Kohlenoxyd ist das Gas, das die Unvorsichtigen sterben lässt, die einen undichten Kohlenofen im Schlafzimmer während der Nacht brennen lassen. Das Gas entsteht, wenn Kohle verbrannt wird, ohne dass genügend viel Luft für die Verbrennung zugeführt wird, und es entsteht auch beim Verbrennungsvorgang in den Kraftwagenmotoren, besonders die schweren "qualmenden" Lastwagen stossen auch Kohlenoxyd aus. Das Gas riecht man nicht - was am Auto schlecht riecht, sind andere Gase - man sieht es auch nicht und es ist schon in ziemlich geringer Menge gefährlich, ja tödlich.

Im Frühjahr 1957 kam ich auf einer Vortragsreise auch nach Bern. Ein Wissenschaftler der Universität berichtete mir: Sein Institut hatte im vorhergegangenen Sommer auf einem belebten Platz in Bern Messungen gemacht über den Gehalt an Bleiverbindungen in der Atemluft an verkehrsreichen Sommertagen. Unsere Technik weise nämlich seit längerer Zeit, dass man das "Klopfen" von Benzinmotoren dadurch verringern und abstellen kann, dass man dem Brennstoff Bleiverbindungen zusetzt, das "Blei-Benzin" ist "klopffest". Soweit gut, aber wie bekommt das den Menschen, die Luft einatmen müssen, die mit bleihaltigen Verbindungen geschwängert ist? Der Berner Universitätsprofessor nannte bedäckerliche Zahlenwerte für den Gehalt an Bleiverbindungen in der Atemluft, welche sich bei den Messungen seines Instituts auf dem verkehrsreichen Platz an Sommertagen ergeben hatten.

#### Wirkungen der Atomwaffenversuche

So lange Atomwaffenversuche von den Grossmächten veranstaltet wurden, und längere Zeit noch danach, auch noch heute, war die Radioaktivität in der Atemluft deutlich, aber nicht gefährlich erhöht. Schlimm war vielmehr die Radioaktivität in den Niederschlägen, im Regen, Schnee, Tau. Aber - in den letzten Jahren ist man darauf aufmerksam geworden, dass zwar die Radioaktivität der Atemluft keine bedenklich hohen Werte hat, dass aber in dieser Luft immer einmal einzelne winzige Teilchen vorhanden sind, die zwar nicht häufig, aber leider recht stark radioaktiv sind. Es sind die berüchtigten "heissen Körnchen". Sie stammen ganz unzweifelhaft aus den Atomwaffenversuchen und haben an Häufigkeit abgenommen, seitdem die Atomwaffenversuche aufgehört haben. Hoffentlich halten sich auch die Franzosen daran, dass dieses gefährliche und unsinnige Spiel mit der Gesundheit und vor allem mit dem Erbgut der Menschen aufzuhören hat. Die heissen Körnchen, winzig wie sie sind, können eingeatmet werden und sich in der Lunge festsetzen. Alle, die etwas von der medizinischen Wirkung radioaktiver Strahlung verstehen, sind der Ansicht, dass sich um die Einlagerungsstelle solch eines heissen Körnchens ein Entzündungsherd in der Lunge bilden kann, weil die Strahlung das Gewebe schädigt und krank werden lässt. Es kommt also nur darauf an,

wieviele solcher heißen Körnchen man einatmet, und das hängt von Wind und Wetter und davon ab, ob die Atomwaffenversuche wieder anfangen. Soweit die Schädigungen, denen wir alle aus der Luftverunreinigung ausgesetzt sein können.

#### Radioaktiver Staub

Schlimmer noch sind die Orte, die in Betrieben arbeiten, wo ungesunder Staub und ungesunde Gase entstehen, oder wo radioaktiver Staub herumfliegt. Fangen wir mit dem letzten an: Es gibt optische Betriebe, wo zur Verbesserung der Linseneigenschaften radioaktives Thorium bei der Linsenherstellung mitverwendet wird. Bei der Linsenherstellung werden die Linsen geschliffen, der Glasstaub ist radioaktiv, wenn die Linse Thorium enthält. In Frankreich wird die Verwendung von Thorium bei der Linsenherstellung demnächst verboten, das Gesetz ist in Vorbereitung. Es gibt nämlich auch harmlose Stoffe, welche die Linseneigenschaften ähnlich verbessern wie Thorium, und die nicht radioaktiv sind! Hoffen wir, dass unsere Strahlenschutzverordnung auch bei uns verhindert, dass unsere Arbeiter beim Linsenschleifen der Gefahr radioaktiver Strahlung ausgesetzt sind!

#### Alle sind bedroht

Es ist Aufgabe der Gewerbeaufsicht, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben nicht auf Kosten der Gesundheit der Arbeitnehmer produziert wird. So sollte es wenigstens sein. Aber jeder Eingeweihte weiß, wie wenig Personal die Gewerbeaufsicht zur Verfügung hat, wie wenig an Ausrüstung, und wie wenig an Geldmitteln für ihre Untersuchungen und Kontrollen. Jeder, der Gewerkschaftszeitungen aufmerksam liest, findet fast in jeder Nummer Beispiele dafür, wie vieles auf dem Gebiet der Gewerbeaufsicht noch zu tun ist. Fabrikationsverfahren, welche die Gesundheit untergraben, sind sittenwidrig.

Immerhin, der Gedanke, dass soziale Einrichtungen Kennzeichen eines wirklich modernen Staates sind - im vorigen Jahrhundert als sozialistische Forderung erbittert bekämpft - , hat sich weithin durchgesetzt, er hat die Zukunft für sich. Aber: Dieser Bericht hat versucht, für ein Gebiet menschlichen Daseins zu zeigen, wieviel noch zu tun ist, nicht nur für die Arbeitnehmer in den Betrieben, sondern für uns alle, damit die Technik in unserer Gewalt bleibe, dass sie uns diene und wir nicht von ihr aufgefressen werden.